

Gert G. Wagner

## »Beyond Progress« statt »Beyond GDP«

Neuer Fortschritt – worum es wirklich geht

*Die neue Enquete-Kommission des Bundestages beschäftigt sich mit dem Thema »Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität«. Dahinter steht die Idee der weltweiten Beyond GDP-Bewegung, die die Dominanz des Bruttosozialproduktes (BIP, oder GDP, Gross Domestic Product) in der Politik, die auf möglichst hohes Wachstum setzt, brechen will. Dabei wird dieses Ziel in der Praxis kaum noch in den Mittelpunkt gestellt, meint unser Autor.*

**Gert G. Wagner**

(\* 1953) ist sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages und seit jüngstem Vorsitzender des Vorstandes des DIW Berlin (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung).

gwagner@diw.de



Um die Dominanz des BIP zu brechen wollen Viele, dass von der Enquete-Kommission »Beyond GDP« ein alternatives Wachstumsmaß entwickelt wird, das zunächst neben das BIP gestellt werden soll, um dieses dann rasch als Leitlinie für gute Politik abzulösen. Über das BIP hinaus seien eine ganze Reihe von Zielen, darunter insbesondere ökologische Nachhaltigkeit, aber auch sozialer Friede und Gerechtigkeit, viel wichtiger.

Die Ziele der *Beyond GDP*-Bewegung sind ehrenwert – aber irgendwie von gestern. Um die Diskussion zuzuspitzen, wird hier die These aufgestellt, dass das BIP in den meisten westlichen Staaten schon längst nicht mehr die wirkliche Leitlinie der (Wirtschafts-)Politik ist, sondern Politiker versuchen, direkt die Arbeitslosenquote und die Einkommensverteilung zu beeinflussen. Das Wirtschaftswachstum ist die resultierende Größe, nicht die Zielgröße. Insofern ist der Streit um das BIP und den traditionellen Wachstumsbegriff in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gar nicht mehr so wichtig.

Viel wichtiger als Verbesserungen der wirtschaftspolitischen Zielgrößen sind die ökologischen Ziele und ihre Operationalisierung in Indikatoren. Ökologische Nachhaltigkeitsziele sind aber – darauf weist der Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hin – nur schwer, im Grunde gar nicht, mit wirtschaftlichen Größen auf einen Nenner zu bringen.

Die Erarbeitung eines alternativen Wachstumsmaßes, das Ökonomie und Ökologie in einer Kennzahl zusammenfasst, wäre zwar schön, ist aber höchstwahrscheinlich nicht zielführend. Sinnvoller dürfte es sein, dafür zu kämpfen, dass ökologische Ziele unmittelbar in den Vordergrund der Politik gebracht werden. Überspitzt gesagt geht es nicht darum, »Beyond GDP«, sondern »Beyond Progress« statistisch in den Griff zu bekommen.

### Kampf gegen Windmühlen

Schaut man genau hin, dann sieht man, dass – zumindest in Deutschland, aber auch in vielen weiteren OECD-Ländern – die *Beyond GDP*-Bewegung auf dem Feld der Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-Politik im Grunde nur noch gegen Windmühlenflügel kämpft. Denn kaum eine westliche Regierung hat Interesse am reinen Wirtschaftswachstum. Vielmehr geht es nahezu allen Regierungen (sieht man von vielleicht einigen erz-liberal geprägten Regierungsepi-

den da und dort ab) darum, die Arbeitslosenquote niedrig zu halten. Und dafür werden ganz verschiedene Mittel eingesetzt, auf jeden Fall mehr als bloße Wachstumsimpulse. Zum Beispiel wurde in Deutschland im Zuge des weltweiten Bankencrashes der Katastrophen-Einbruch des BIP durch Kurzarbeit und nicht durch Wachstum äußerst erfolgreich bekämpft. Die klassische antizyklische Politik mittels Verschuldung wurde auch eingesetzt; aber sie hat ja nicht zu Wachstum, sondern nur zu einem weniger starken Einbruch geführt.

Neben der Beeinflussung der Arbeitslosenquote versuchen westliche Regierungen nicht das Wachstum, sondern die Einkommensverteilung direkt zu beeinflussen. Je nach Couleur wollen Regierungen die unteren, die mittleren oder die oberen oder gar die obersten Einkommenschichten begünstigen. Und das geschieht nicht mittels Wirtschaftswachstum, sondern durch Veränderungen im Steuer- und Sozialsystem. Von BIP-Fetischismus kann jedenfalls nicht die Rede sein.

Von den Begünstigungen großer Konzerne durch die Politik im Namen des Wirtschaftswachstums sollte man sich nicht allzu sehr verwirren lassen. Bei Subventionen

und Großaufträgen steht meist ganz schlichter Lobbyismus im Hintergrund – keineswegs aber Wachstumsfetischismus per se. Dass Subventionen und Großaufträge dem Wirtschaftswachstum dienen würden, ist nur eine Art PR- und Werbestrategie für die Durchsetzung eigener Interessen.

Es sei auch angemerkt, dass konventionelle »Wachstumspolitik« in Form keynesianischer Konjunkturprogramme auch keineswegs dem Wachstum an sich dient, sondern Konjunkturprogramme dienen ja nur dazu, kurzfristige Probleme am Arbeitsmarkt und der Einkommensverteilung zu bekämpfen (so auch beim erfolgreichen Versuch, einen Totalabsturz der Weltwirtschaft nach dem Bankencrash zu verhindern). Echte Wachstumspolitik ist das auf gar keinen Fall (zumal Konjunkturprogramme keineswegs immer erfolgreich sind!).

Ich behaupte also: Im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik haben wir das BIP als Ziel längst hinter uns gelassen. Was aber nach wie vor nicht in den Köpfen der Mehrheits-Politik verankert ist – und worauf es mehr denn je ankommt –, ist ökologische Nachhaltigkeit. Dafür sind aussagekräftige Indikatoren zu entwickeln, die sich im Bewusstsein der öffentlichen

Meinung auch durchsetzen. Dann wird die Politik sich automatisch danach richten. Vermischt man Nachhaltigkeits-Indikatoren freilich mit konventionellen Wirtschafts-Indikatoren, wie beim »alternativen BIP«, das alle Indikatoren in einer einzigen Zahl zusammenfasst, führt dies unvermeidbar zu einem endlosen Streit, wie man die verschiedenen Ziele und Teilindikatoren gewichten soll. Und an diesem Streit führt kein Weg vorbei, denn es hängt nun einmal von gesellschaftlichen Werten und politischen Zielvorstellungen ab, was die Mehrheit der Gesellschaft gerade für wichtig(er) hält.

Zu glauben, man könne gesellschaftliche Prioritäten-Entscheidungen aus dem demokratischen Willensbildungsprozess herausnehmen und die »richtige« Politik dem Gewichtungsschema der Statistik-Bürokratie überlassen, ist nicht nur wissenschaftlich naiv, sondern politisch geradezu gefährlich. Das Schicksal des BIP beweist auch die Leistungsfähigkeit des demokratischen Willensbildungsprozesses: Es ist in der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Debatte de facto längst überwunden. Kein Statistiker sollte darüber lamentieren, dass nun seine Arbeit »entwertet« wäre.

Die Problematik der Gewichtung, die für einen Gesamt-Indikator notwendig ist, wird durch die einfache Überlegung deutlich, was eine normierte Gewichtung würde. Für internationale Vergleiche ist ein einheitlicher Fortschritts-Indikator sicherlich äußerst nützlich. Er kann aber keineswegs als unmittelbare Grundlage für politische Entscheidungen in einem Land dienen. Denn jedes Land bzw. die (Wahl-)Bevölkerung eines jeden Landes hat das Recht, eigene Prioritäten zu setzen. Ziel- bzw. Gewichtungswerte müssen aus der Bevölkerung heraus kommen. D.h., methodisch gesprochen, dass es kein in jedem Land gleiches und im Zeitablauf fixes Gewichtungsschema für einen zusammenfassenden Fortschritts-Indikator geben kann.

### **Sachverständigenrat statt Fortschritts-Indikator**

Freilich: Die hinter einem zusammenfassenden Fortschritts-Indikator stehende politökonomische Frage, wie man Nachhaltigkeits-Ziele stärker in die wirtschaftspolitische Diskussion einbringen kann, ist eine sehr berechtigte Frage. Die einfache Antwort, dass ein zusammenfassender Fortschritts-Indikator der beste Weg sei, um das BIP und den Wachstums-Fetischismus zu demontieren, ist freilich völlig unbewiesen. Es ist schlicht eine Vermutung, die zudem die immensen methodischen und demokratischen Schwierigkeiten unterschätzt, die hinter einem zusammenfassenden Fortschritts-Indikator unvermeidlich stehen.

Gut wäre sicherlich, dass nicht nur objektive Indikatoren der Nachhaltigkeit, sondern die »Gewichtungen«, die die Menschen einzelnen Zielbereichen zumessen, besser empirisch erfasst werden als bislang. Allerdings können politische Entscheidungen dadurch nicht ersetzt werden.

Will die Politik die Fragen umfassender Lebensqualität und umfassender Nachhaltigkeit wirklich entschieden angehen, dann ist wahrscheinlich die Umwandlung des Rats für Nachhaltige Entwicklung in einen gesetzlich verankerten und wissenschaftlichen »Sachverständigenrat für Fragen der nachhaltigen Lebensqualität« beim Bundeskanzleramt das beste Mittel, um zum ersten den schwierigen methodischen Fragen der umfassenden Bewertung von Lebensqualität und Nachhaltigkeit gerecht zu werden und zum zweiten für genügend politisches Gewicht zu sorgen.

Die Enquete-Kommission könnte einen solchen Sachverständigenrat für Fragen der nachhaltigen Lebensqualität vorbereiten, statt zu versuchen, einen zusammenfassenden neuen Fortschritts-Indikator zu entwickeln.